



Bundesministerin für
EU und Verfassung

bundeskanzleramt.gv.at

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.593.659

Wien, am 16. November 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. September 2020 unter der Nr. **3394/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Verbot von Kryptowährungen“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

1. *Welche Position bzgl. Kryptowährungen vertritt Österreich in Gesprächen auf EU-Ebene?*
 - a. *Unterstützt Österreich die Forderung nach einem Regelwerk zur Regulierung von Kryptowährungen?*
 - i. *Wenn ja, wie sollen diese Regeln lauten?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wie bewerten Sie ein Verbot von Kryptowährungen, falls Regeln nicht eingehalten werden?*

Die Koordination von Europapolitik in Österreich liegt gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, in der geltenden Fassung BGBl. I Nr. 8/2020, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 17/2020, in meinem Verantwortungsbereich. Ich ersuche aber um Verständnis, dass diese Fragen nach den zitierten Bestimmungen nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können. Ich darf daher auf das federführende Bundesministerium für Finanzen verweisen. Zudem darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3393/J vom 16. September 2020 durch den Bundeskanzler verweisen.

Mag. Karoline Edtstadler

